

Rede von Ministerpräsident Hendrik Wüst MdL

anlässlich der 481. Schaffermahlzeit
in der Hansestadt Bremen

Freitag, 14. Februar 2025

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Es ist mir eine große Ehre, heute hier zu sein.

Im Namen aller Gäste danke ich den Schaffern für die Einladung und für die Wahrung dieser großartigen Tradition. Das Schaffermahl ist ein Symbol für Zusammenhalt. Das können wir gerade gut gebrauchen. Wenn es das Schaffermahl nicht schon gäbe – gerade jetzt müsste man es erfinden.

Seit Jahrhunderten kommen hier Kaufleute und Seefahrer zusammen. Sie haben Bremen geprägt – mit Unternehmergeist, mit Weltoffenheit, mit dem Mut, nach vorne zu gehen. Damals wie heute. Und eines war dabei immer klar: So traditionsreich der Handel auch ist, er muss sich stets neu erfinden. Gerade in Zeiten großer Umbrüche. Dass die Bremer Kaufleute und Kapitäne das können, da bin ich sicher. Die Frage ist, ob die Politik in der Lage ist, in gleicher Flexibilität und Geschwindigkeit die Rahmenbedingungen so zu verändern, wie Unternehmerinnen und Unternehmer das brauchen, damit Unternehmen am Standort Deutschland erfolgreich wachsen können, damit Deutschland auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich bleibt, erfolgreiches Industrieland bleibt und unser Handel mit der Welt weiter floriert.

Das internationale Umfeld hat sich geändert. Vor kurzem hat mich Jim Pillen, der Gouverneur von Nebraska, in der Staatskanzlei besucht, ein Republikaner. Ich habe ihn gefragt, was wir von Donald Trump zu erwarten haben. Er sagte: Macht Euch keine Sorgen, Trump macht das, was er angekündigt hat. In seinen ersten Tagen im Amt ist Trump aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und der Weltgesundheitsorganisation ausgestiegen und hat Zölle auf Importe aus Kanada und Mexiko angedroht und die Zölle auf Einfuhren aus China erhöht. Jetzt hat Trump Zölle auf Aluminium und Stahl angekündigt, die auch Europa hart treffen würden. Das zeigt: Trump setzt seine Agenda um. Das hat Folgen für uns, denn die USA sind der wichtigste Exportmarkt für deutsche Unternehmen. Höhere Importzölle in den USA würden unsere ohnehin angeschlagene Wirtschaft zusätzlich belasten. Aufgabe der neuen Bundesregierung – wie auch immer sie zusammengesetzt sein wird – ist es, sich so aufzustellen, dass sie der Trump-Regierung auf Augenhöhe begegnen kann.

Und noch wichtiger wird sein, dass eine Bundesregierung in Europa eine Führungsrolle übernimmt, nicht im Sinne „arrogant voran und alle müssen folgen“. Das wird nicht gelingen. Das hat noch nie geklappt, sondern das wird nur gelingen im Sinne einer Gemeinsamkeit in Europa. Die Worte des neuen US-Verteidigungsministers gestern in Brüssel, die Worte des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten heute in München

zwingen uns eine Erkenntnis auf, die wir uns bisher erlaubt haben zu ignorieren: Europa muss stabiler auf eigenen Füßen stehen, und alle in Europa bitten Deutschland, dabei eine große Rolle zu spielen. Es geht um stärkere Beiträge zur Verteidigungsfähigkeit. Und wir haben keinen Anlass, naiv zu sein und zu glauben, dass das nur neue Ankündigungen sind. Die USA werden sich mehr und mehr auf den indopazifischen Raum konzentrieren. Das hatte übrigens Obama schon angekündigt. Es geht um die Unterstützung der Ukraine. Wenn wir nicht wollen, dass über unsere Köpfe hinweg verhandelt wird, wenn wir nicht nur bitten wollen, mit am Tisch sitzen zu dürfen, dann müssen wir in der Lage sein, auch Beiträge zu leisten. Es geht um unsere Wirtschaft und um Arbeitsplätze, wenn die Drohung wahr wird, dass Handelsrestriktionen, Zölle, bis hin zu Handelskriegen mehr und mehr Wirklichkeit werden. Es ist meine feste Überzeugung: Europa muss selbständiger werden. In Europa führen heißt zusammenführen.

Das wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, die auf eine neue Bundesregierung zukommt. Wenn wir in Europa nicht gemeinsam handeln, werden wir auseinandergetrieben. Wenn wir in Europa nicht gemeinsam handeln, werden wir behandelt. Und deshalb gehört die Arbeit in Europa und die Arbeit für Europa zu den wichtigsten Aufgaben deutscher Politik, auch im Interesse der deutschen Wirtschaft.

Aber auch hier sind ganz offensichtliche Probleme in Deutschland anzugehen. Vor allem: Die Wirtschaft wieder ans Laufen kriegen. Wir stehen an der Schwelle zum dritten Rezessionsjahr. Das hat es so auch noch nicht gegeben. Viele Auftragsbücher sind nicht mehr voll. Der Auftragshorizont ist immer kürzer geworden. Alleine in den vergangenen zwei Jahren sind über 200 Milliarden Euro aus der deutschen Wirtschaft investiert worden in moderne Anlagen – nur leider nicht in Deutschland, sondern anderswo. Großkonzerne, teilweise auch bei mir in Nordrhein-Westfalen zu Hause, investieren in den USA, in Asien, wo sie schon Standorte haben. Der Mittelstand macht das vermehrt bei unseren europäischen Nachbarn, ob in Ost oder West.

Wir sehen das, und wir hören das. Das sind nicht einfach nur Zahlen – es geht um innovative und moderne Unternehmenszweige. Lassen wir das länger laufen, dann werden wir dafür dauerhaft einen hohen und auch strukturellen Preis bezahlen. Welche Anlagen gehen vom Netz, wenn die Nachfrage runtergeht? Nicht die modernsten, nicht die effizientesten, sondern die, die dann noch in Deutschland stehen. Viele Menschen machen sich Sorgen um den Arbeitsplatz. Das hatten wir so lange nicht. Es war eigentlich klar: Wer gut ausgebildet ist und arbeiten will, der findet schon Arbeit. Jetzt hingegen: Volkswagen, auch Ford kündigen einen Personalabbau in ungekannten Dimensionen an. Die

Stahlindustrie – bei uns natürlich ThyssenKrupp –, aber auch viele Mittelständler, die Automobilzulieferer – nirgendwo gibt es inzwischen noch eine Jobgarantie.

Und jetzt stellen wir uns einmal vor, was passiert, wenn die Angst um den eigenen Arbeitsplatz weiter in die Mitte der Gesellschaft, in die Facharbeiterschaft einzieht – bei der politischen Stimmung, die wir jetzt schon haben. Die wirtschaftliche Lage ist ernst und die Ehrlichkeit gebietet zu sagen, dass nicht alle Probleme erst in den vergangenen dreieinhalb Jahren entstanden sind. Manche allerdings schon. Andere Probleme sind auch von außen über uns gekommen, ohne unser Zutun. Mir sind die Probleme am liebsten, die wir uns selbst eingebrockt haben. Da haben Sie richtig gehört – ich habe mich nicht versprochen. Mir sind offen gesagt die Probleme am liebsten, die wir uns selbst eingebrockt haben, weil wir sie auch am ehesten selber wieder lösen können. Deswegen wird das die wichtigste Aufgabe einer neuen Bundesregierung in der Innenpolitik sein, dafür zu sorgen, dass Deutschland wieder auf Kurs kommt, wie man hier sagen würde. Dass Deutschland vielleicht nicht zur alten Stärke, sondern vielmehr zu einer neuen Stärke findet. Ich bin überzeugt: Wir haben alles, die Wende zu neuen wirtschaftlichen Erfolgen zu schaffen, Arbeitsplätze zu erhalten, neue entstehen zu lassen, Wohlstand, soziale Sicherheit auszubauen und damit auch demokratische Stabilität in unserer Gesellschaft zu sichern.

Ich möchte über vier Prinzipien sprechen, die nach meiner festen Überzeugung dafür notwendig sind: Verlässlichkeit, Vertrauen, Innovationsoffenheit und Weltoffenheit. Verlässlichkeit ist für die deutsche Wirtschaft wichtig, insbesondere für die Industrie. Anders als andere westlich entwickelte Industrieländer haben wir bei uns lange Wertschöpfungsketten und vor allen Dingen auch ihren Beginn bei uns. Und am Anfang von langen industriellen Wertschöpfungsketten wird eben oft viel Energie gebraucht. Ob Grundstoffchemie, Chlorelektrolyse oder das Einschmelzen von Metallen – all das braucht viel Energie. Diese Industriezweige haben lange Investitionszyklen von 20 oder auch 25 Jahren. Unternehmen, die über solche Zeiträume hinweg planen, brauchen Verlässlichkeit für ihre Investition. Verlässlichkeit braucht es auch auf der Energieseite, was Verfügbarkeit angeht und was den Preis angeht. Und auch da wollen wir der Wahrheit die Ehre geben: Schauen wir auf die Energiepolitik der letzten 20 Jahre zurück: Da ist vieles passiert, aber Verlässlichkeit war nicht das wichtigste Wort in dieser Zeit. Wir sind ausgestiegen aus der subventionierten Steinkohleförderung. Nach über 100 Milliarden Euro Subventionen ein nachvollziehbarer Gedanke. Wir sind aus der Atomenergie ausgestiegen – wir erinnern uns an die gesellschaftliche Debatte nach Fukushima. Und nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine auch aus russischem Gas. Alles aus der Perspektive dieser Zeit und für sich betrachtet also mit guten Argumenten. Was wir aber nicht ausreichend ambitioniert gemacht haben, war der Einstieg in

Neues. Das fehlt und das muss man bedenken, wenn wir jetzt einen weiteren Ausstieg vollziehen wollen.

Ich selbst bin bereit dazu, erneut einen gesellschaftlich-politischen Strukturwandel in meinem Land mitzumachen und anzupacken. Nicht halbherzig, sondern aus Überzeugung: Das ist der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Ich wäre bereit, auch 2030 auszusteigen, aber dazu müssen wir zuerst einsteigen. Das Gebot der Verlässlichkeit lautet: Vor dem Ausstieg kommt der Einstieg. Der Einstieg zum Beispiel in Erneuerbare Energien. Aber eben nicht nur in diese. Es ist Länderaufgabe, gerade in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Diese Aufgabe nehmen wir an und wir nehmen sie wahr – und zwar ambitioniert. Von den Ausbauzielen bis 2030 haben wir Ende 2024 schon 80% erreicht. Wir haben einen enormen Hochlauf beim Ausbau der Windenergie. Aber das ist eben nur eine Voraussetzung, Verlässlichkeit für die Industrie auf der Energieseite zu schaffen. Das reicht alleine nicht. Aufgabe des Bundes ist es – und wäre es bereits gewesen –, eine Kraftwerkstrategie vorzulegen, die Auskunft gibt über Grundlast und Preis. Für die Grundlast benötigen wir Gaskraftwerke, die perspektivisch auch mit Wasserstoff laufen sollen. Wir brauchen eine Kraftwerkstrategie, die dabei auch die Kosten im Blick hat. Die schließlich vorgelegte Kraftwerkstrategie hat dann selbst

innerhalb der Bundesregierung bei der Finanzierung zu Zwistigkeiten geführt.

Ich sage das übrigens in voller Übereinstimmung mit meinen Koalitionspartnern von den Grünen. Da sind wir uns völlig einig, da gibt es keinen Streit: Wir brauchen spürbare strukturelle Entlastung bei den Energiepreisen. Wir brauchen eine Rückkehr zu den Gründungsideen der Europäischen Union, die ja fußt auf der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Wir brauchen eine stärkere europäische Integration der Energiepolitik. Das würde uns Deutschen auch die Chance geben, ideologisch ein bisschen abzurüsten in der Politik. Und so müssen wir Antworten finden, die für 15, 20 oder auch 25 Jahre gültig bleiben, die Verlässlichkeit schaffen. Das ist Grundvoraussetzung dafür, dass Industrie bei uns wieder investiert. Das Prinzip Verlässlichkeit ist auch in vielen anderen Bereichen unerlässlich – nehmen Sie die Steuerpolitik.

Das zweite Prinzip ist Vertrauen – neben Verlässlichkeit wohl das Wichtigste. Das Thema Bürokratie ist eben schon adressiert worden. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer ächzen unter der Bürokratie. Seien Sie versichert: Die Politik selbst und die Verwaltung auf allen Ebenen inzwischen auch. Das ist kein guter Befund. Aber er macht Hoffnung auf Veränderung. Bürokratie kostet Ressourcen, Geld, Personal, das hat weder die Wirtschaft noch der Staat. All die

Administratoren und Kontrolleure sind auf dem Arbeitsmarkt genauso wenig verfügbar wie Fachkräfte anderer Art.

Alle staatlichen Ebenen sind in der Pflicht, verzichtbare Berichtsnachweispflichten und Genehmigungsschritte konsequent auf ihre zwingende Notwendigkeit zu durchforsten. Der Staat darf sich nicht mehr selbst überfordern. In diese Situation sind wir nämlich gekommen. Und dann war es ziemlich folgerichtig, dass wir irgendwann gemeinsam getagt haben im Kanzleramt – alle Ministerpräsidenten und die Bundesregierung. Wir waren uns absolut einig, es ist zu viel geworden auf allen Ebenen. Und das ist wirklich deshalb bemerkenswert, weil ich mehr als 20 Jahre Mittelstandspolitik machen durfte und es war nicht immer so. Es war oft umstritten.

Und so saßen wir also zusammen in der Ministerpräsidentenkonferenz mitsamt der Bundesregierung und haben den Pakt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung beschlossen. Keine Absichtserklärung, sondern ein Pakt mit Substanz. 50 konkrete Maßnahmen auf der Seite des Bundes, die dieser zu erledigen hat, 50 konkrete Maßnahmen auf Seiten der Länder, die sie zu erledigen haben. Und jetzt achten wir genau darauf, dass der Bund seine Hausarbeiten macht, und der Bund achtet darauf, dass die Länder ihre Hausarbeiten machen. Und dieser Pakt zeigt zwei Dinge: Alle staatlichen Ebenen haben begriffen, dass

es so nicht weitergehen kann. Ja, sie hätten es früher begreifen können und nach meiner Überzeugung müssen, aber die Botschaft ist nun angekommen. Und wenn jeder seinen Teil beiträgt, haben wir etwas geschafft. Die zweite Botschaft ist, dass sehr viele verstanden haben, dass es eine Daueraufgabe ist. Das ist eine Haltung, die parteiübergreifend so jedenfalls noch nie da war. Eine Überzeugung, dass wir dranbleiben müssen. Es kommt immer wieder neue Bürokratie, ob durch Europa, Bund, Land, Kommune. Auch gesellschaftliche Veränderungen, die etwas von uns zu regeln oder zu tun erfordern, gibt es natürlich.

Es wird darum gehen, all jene zu unterstützen, die sich dieser Daueraufgabe widmen. Warum subsumiere ich das unter Vertrauen? Weil das Allermeiste an Bürokratie dadurch entsteht, dass eben nicht vertraut wird. Wofür müsste man sonst kontrollieren, wofür müsste man sonst Fragebögen verschicken. Wofür müsste man sonst alle möglichen Statistiken erheben. Das hat eben sehr viel mit Misstrauen zu tun. Deswegen ist es eine grundlegende Frage, mehr zu vertrauen, auch ein Stück mehr Risiko anzunehmen. Und wenn irgendwo etwas schiefgeht, vielleicht nicht gleich zu sagen, da hat jemand Schuld und dann muss er zurücktreten. Ja, es gibt Verantwortung. Aber vielleicht müssen wir auch in unserer Gesellschaft akzeptieren – und das ist dann weniger eine politische, sondern eine gesamtgesellschaftliche Frage –, dass auch in unseren

hochentwickelten Gesellschaften Dinge schief laufen können. Man hat in unserem Land manchmal den Eindruck, dass gefährliche Dinge entweder versichert oder verboten sind. Oder beides. Und deswegen ist das Prinzip Vertrauen wirklich wichtig.

Drittes Prinzip: maximale Innovationsoffenheit. Wir sind eine alternde Gesellschaft und so manches Mal habe ich gehört: „Ach, das Blackberry war auch ein schönes Handy. Und das Nokia 6310 musste man nur einmal die Woche aufladen.“ Die innovativsten Gesellschaften sind nicht zufällig oft die Schwellenländer, die Emerging Markets. Da wird teils auch Raubbau betrieben, an den Menschen, an der Umwelt. Da gibt es also erhebliche Schattenseiten, aber es sind die jüngeren Gesellschaften, die eher innovationsoffen sind und die alternden Gesellschaften, denen es sehr gut geht, oft eben nicht. Deswegen ist Innovationsoffenheit für mich auch ein Prinzip, das wir fördern und verteidigen müssen. Künstliche Intelligenz ist gerade der größte Treiber von Innovation, die wir wahrscheinlich in seiner Dimension nur in einem Bruchteil erahnen können. Sie wird unsere Arbeitsweise, unsere Kommunikation, unsere Art zu leben verändern. Sie wird uns Möglichkeiten eröffnen, von denen Generationen vor uns nur träumen konnten. Künstliche Intelligenz hat das Potenzial, für Deutschland zum wirtschaftlichen Gamechanger zu werden. 330 Milliarden Euro Wachstumspotenzial durch KI allein für Deutschland: Und auch das ist eine Aufgabe für Politik, diese Potenziale zu nutzen.

Wenn man in dieser Situation diese Chancen hat, dann hat man auch die Pflicht, sie zu nutzen. Wir müssen Künstliche Intelligenz als das begreifen, was sie ist.

Und damit ist eben nicht der Papst im weißen Daunenmantel gemeint, wo man dann vielleicht sagt: „Da habe ich mich jetzt in die Irre führen lassen.“ Und auch nicht Videofilme von Politikern, die eine KI dummes Zeug erzählen lässt. Aber diese Beispiele sind dazu geeignet, in einer risikoaversen Gesellschaft einer ganzen Technologie gegenüber sehr skeptisch zu sein. Deshalb müssen wir sehr bewusst eine positive Einstellung zu Künstlicher Intelligenz, zu Innovationen aller Art haben. Frankreich hat in dieser Hinsicht diese Woche ein Ausrufezeichen in Europa für Europa gesetzt. Das muss auch in Deutschland möglich sein. Ich habe gestern in Berlin in unserer Landesvertretung Nordrhein-Westfalen führende Köpfe – international wie national – aus Wirtschaft, Wissenschaft, Industrie, Politik zusammengetrommelt. Es ging darum, gemeinsam zu diskutieren, wo die Reise bei der Künstlichen Intelligenz hingeht.

Microsoft investiert bei uns in Nordrhein-Westfalen 3 Milliarden Euro. Und da ist doch interessant, was steckt hinter dieser Entscheidung: Nämlich keine Subventionen. Sondern eine klare und bewusste unternehmerische Entscheidung. Hyperscaler-Rechenzentren ganz nah an der Industrie. Da ist die Anwendung, da sind die Kunden! Wenn vielleicht noch nicht in der Gegenwart,

dann sicherlich in der nahen Zukunft. Da hat jemand etwas verstanden, das viele erst lernen müssen. Da liegen riesengroße Chancen für Deutschland. Entscheidend ist, dass wir uns unsere Innovationsoffenheit bewahren und Impulse setzen. Und nicht gleich im Angesicht von Risiken in die Überregulierung gehen. Deswegen das dritte Prinzip der Innovationsoffenheit.

Und mit dem vierten Prinzip renne ich hier bei Ihnen natürlich offene Türen ein: Das ist Weltoffenheit. Das Thema Weltoffenheit ist nicht mehr so selbstverständlich, wie wir das lange geglaubt haben, oder wie es hier für das Geschäftsmodell Bremen sozusagen konstitutiv ist. Und wie es auch für mein Land Nordrhein-Westfalen bedeutend ist. Schon immer hat man in der Hansestadt Bremen über Grenzen hinweg gedacht, neue Märkte erschlossen und mit der ganzen Welt Handel getrieben. Das muss man den Bremer Kaufleuten nicht erklären. Deutschland ist eine Exportnation. Davon hängen hunderttausende Arbeitsplätze ab, ein Großteil unseres Wohlstands, unserer sozialen Sicherheit.

In Nordrhein-Westfalen ist unsere Wirtschaft eng mit den Benelux-Ländern verbunden. Dass wir das noch als Export betrachten, ist eigentlich eine statistische Frage. Und in kein anderes deutsches Land fließen mehr ausländische Direktinvestitionen als nach Nordrhein-Westfalen. In dieser Zeit, wo so viele Investitionen aus Deutschland abfließen, bin ich

unglaublich dankbar, dass so viele dann doch wieder auch bei uns investieren.

Und jetzt erstarren politische Kräfte, die an Menschen aus dem Ausland, auch Fachkräfte und Investoren, ganz andere Signale senden. Das hat mit Weltoffenheit nichts zu tun. Das schreckt Fachkräfte ab, das schreckt Investoren ab. Von den in Düsseldorf ansässigen japanischen Konzernen höre ich die Frage: Was sollen wir nach Tokio berichten? Ihr wählt so komische Parteien. In Grünheide werden Strommasten abgefackelt. Das eine ist mehr rechts, das andere ist mehr links motiviert. Aber für einen Japaner ist das alles erklärungsbedürftig und das ist nur ein Beispiel. Deswegen stellen Extremisten an den politischen Rändern nicht nur eine Gefahr für politische Stabilität unserer Gesellschaft dar, sondern auf ihre Art und Weise eben auch eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort und die Wettbewerbsfähigkeit.

Deswegen ist es eben nicht selbstverständlich, weltoffen zu sein. Ja, auch für Weltoffenheit müssen wir werben. Und ich bin ganz vielen aus der Wirtschaft und auch hier im Saal dankbar. Denn generelle Zurückhaltung in politischen Fragen ist aus unternehmerischer Sicht ja nachvollziehbar. Aber es haben in den vergangenen ein, zwei Jahren viele aus der Wirtschaft glasklar Stellung bezogen und das Signal gesendet: „Leute, wisst ihr eigentlich, wo unser Wohlstand herkommt?“ Für dieses

Bekenntnis will ich auch an dieser Stelle danken, denn nur ein weltoffenes Deutschland bleibt wirtschaftlich erfolgreich.

Meine Damen, meine Herren,
das Schaffermahl hat in seiner fast 500-jährigen Geschichte viele ganz unterschiedliche Zeiten erlebt, Höhen und Tiefen. Doch im Vergleich der vergangenen Jahrhunderte gehört die Zeit, in der wir leben, trotz aller Beschwerden definitiv zu den Höhen. Auch das sieht man, wenn man ein bisschen Geschichtsbewusstsein hat. Wir leben in Deutschland in Frieden, in breitem Wohlstand, in einer Zeit großer Chancen. Wir verwenden in Deutschland eine Menge Zeit darauf, über unsere Probleme zu sprechen.

Der deutsche Michel ist eben schon angesprochen worden, der gelegentlich die Mundwinkel etwas zu weit nach unten hat. Meine feste Überzeugung ist: Wir haben alles, wieder erfolgreicher sein zu können, noch erfolgreicher zu werden. Wir sollten mehr Zeit und Kraft in Lösungen, in Antworten investieren. Darüber kann man streiten, darüber kann man diskutieren. Unter befreundeten Demokraten allemal, aber die Zeit ist in Lösungen und Antworten deutlich besser investiert. Ja, wir stehen vor großen Herausforderungen, aber die Chancen sind mindestens genauso groß. Um diese Chancen zu nutzen, brauchen wir Kaufleute und Kapitäne wie Sie, die mit Unternehmergeist und Zuversicht einen klaren Kurs in Richtung Zukunft setzen. Wir müssen den Kurs immer wieder neu justieren, um Tradition und Innovation neu

miteinander zu verbinden. Die Chancen des technologischen Wandels mit unseren tradierten Werten, mit den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft: Das Schaffermahl zeigt, wie beides zusammengeht, wie man an starken Werten festhält und zugleich Verantwortung für die Zukunft übernimmt.

Wenn wir diesen Weg gemeinsam weitergehen, dann bleibt Deutschland ein starkes Land. Dann bleibt Deutschland wettbewerbsfähig und widerstandsfähig in den Stürmen der Zeit. Dann bleibt Deutschland zukunftssicher. Lassen Sie uns gemeinsam die Grundlage für unseren wirtschaftlichen Erfolg erneuern und Deutschland zurück auf die Erfolgsspur bringen. Dann sind Arbeitsplätze, Wohlstand, soziale Sicherheit und eine stabile Demokratie auch in Zukunft sicher.

Vielen herzlichen Dank.